

PROFESSOR (GAST) STAATLICHE UNIVERSITÄT
ROSTOV

ALBRECHT GOESCHEL

TECHNISCHE HOCHSCHULE

GIESSEN-FRIEDBERG

UNIVERSITÄT VECHTA

ACCADEMIA ED ISTITUTO PER LA RICERCA SOCIALE

TENNO AM GARDASEE

ANSCHRIFT IN DEUTSCHLAND:

83250 MARQUARTSTEIN AM CHIEMSEE

STAUDACHER STRASSE 14

TELEFON: 08641 – 7130

TELEFAX: 08641 – 63242

www.prof-goeschel.com

mail@studiengruppe.com

mail@prof-goeschel.com

**MEHRWERTSTEUER-LÜCKE UND EXPORT-
MEISTERSCHAFT:
GESAMTWIRTSCHAFTLICHE UND ARMUTSPOLITISCHE
ANMERKUNGEN
ZUR
MEHRWERTSTEUER-DEBATTE**

Gutachten mit Unterstützung AWO-Landesverband Bayern e.V.

Marquartstein

Juli 2009

Inhalt	Seite
1. Finanzierung der öffentlichen Aufgaben, Finanz- und Realkrise und Mehrwertsteuerdebatte	3
2. Exportsteigerung als deutsches Wirtschaftskonzept	6
3. Mehrwertsteuer-Lücke: Ein Beispiel für die fiskalischen Kosten des Export-Exzess	9
3.1. Umsatzsteuerliche Behandlung von Exportlieferungen und Exportleistungen	9
3.2. Umsatz-Expansion und Umsatzsteuer-Stagnation	10
4. Export-Exzess als Ursache der Mehrwertsteuer-Lücke	13
5. Fazit: Veruntreuung vorwerfen – nicht Ungerechtigkeiten beklagen	15

1. Finanzierung der öffentlichen Aufgaben, Finanz- und Realkrise und Mehrwertsteuerdebatte

In den zurückliegenden Jahren ist die sozialpolitische Diskussion in Deutschland zwar sehr viel härter, zugleich aber auch deutlich „intelligenter“ geworden. Diese gesteigerte Intelligenz besteht u.a. darin, dass die Finanzierung der öffentlichen Aufgaben, insbesondere der Armutsbekämpfung, der Gesundheitsversorgung und der Alterssicherung einerseits durch Beiträge, andererseits durch Steuern nicht mehr wie zuvor weitgehend getrennt, sondern als Finanzierung durch Abgaben behandelt und erörtert wird.¹

Eine der Stationen auf diesem Weg einer „intelligenteren“ sozialpolitischen Diskussion waren u.a. die feste Etablierung des Themas „Versicherungsfremde Leistungen“ zumindest in der Fachöffentlichkeit, d.h. die Beachtung des Umstandes dass vor allem der Bundeshaushalt durch Verlagerungen von Aufgaben auf die Sozialversicherungen entlastet, also Steuer- durch Beitragsfinanzierung ersetzt worden ist.²

Zuletzt hat mittlerweile eine Erörterung darüber begonnen, inwieweit die Mehrwertsteuer als wichtigste Verbrauchssteuer und eine der wichtigsten Massensteuern eine bislang unerkannte Um- und Rückverteilungswirkung in der Daseinsvorsorgefinanzierung zu Gunsten vor allem des Bundeshaushaltes entfaltet.

Hierbei wurde in einer ersten Stufe so argumentiert, dass das deutsche Wirtschaftskonzept eine exzessive Steigerung des Exports vor allem ab dem Jahr 2000 auch durch reale Senkung der Primär- und der Transfereinkommen, d.h. der Arbeits- und der Sozialeinkommen erreicht habe. Damit verbunden sei ein deutlicher Einbruch der Inlandsnachfrage und des Mehrwertsteueraufkommens gewesen.³

In einer zweiten Stufe wurde argumentiert, dass sich der Staat durch die Privatisierung weiter Teile vor allem der Gesundheitsversorgung, aber auch der Daseinsvorsorge insgesamt neben dem Privatkonsum auch den Sozialkonsum, insbesondere im gesundheitlichen Sachleistungsbereich, als Mehrwertsteuerquelle erschließe. Zugleich hätte die Mehrwertsteuererhöhung des Jahres 2006 die Transfereinkommen wegen des hohen Verbrauchsausgabenanteils an den Sozialeinkommen überproportional abgeschöpft.⁴

¹ Die integrative Betrachtung der Finanzierung der Daseinsvorsorge durch „Abgaben“ wurde wesentlich angestoßen durch den vor bald drei Jahrzehnten vorgelegten Bericht der Transfer-Enquete-Kommission. – Vgl. Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (Hrsg.): Das Transfersystem in der Bundesrepublik Deutschland – Bericht der Transfer-Enquete-Kommission, Bonn Juni 1981

² Vgl. u.a. Meinhard, Volker; Zwiener, Rudolf: Gesamtwirtschaftliche Wirkungen einer Steuerfinanzierung versicherungsfremder Leistungen in der Sozialversicherung. (Hrsg.): Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin 2005

³ Vgl. Goeschel, Albrecht: Export-Terror gegen den Sozialstaat: Wirtschaftskonzept des politischen Systems zerstört Soziale Ordnung in Deutschland. In: Gesundheitspolitik 3-2007, S. 69-72

⁴ Vgl. Goeschel, Albrecht: Staatsfinanzierung aus der Gesundheitsversorgung. Stellungnahme für den Bund der Steuerzahler in Bayern e.V., Marquartstein, Januar 2007

Im Gefolge der Finanz- und Realkrise und der für deren Bewältigung erforderlichen immensen Investitionsprogramme, Finanzhilfen und Finanzgarantien aus den Steuerhaushalten⁵ sowie wegen der noch zu erwartenden Wenigereinnahmen und Mehrausgaben bei den Beitragshaushalten⁶ ist nunmehr eine steuerpolitische Doppeldebatte bzw. Doppelstrategie zu beobachten.

Einerseits wurde durch die Verabschiedung einer „Schuldenbremse“, d.h. eines Neuverschuldungsverbotes vor allem für die Länder nunmehr, nach der vorausgegangenen Budgetierung, d.h. Deckelung der Gesetzlichen Krankenversicherung und der Gesetzlichen Rentenversicherung nach Maßgabe des Grundsatzes der Beitragssatzstabilität die gesamte, vor allem auf Länderebene umgesetzte Daseinsvorsorge gedeckelt.⁷

Mit dieser Deckelung wird in erster Linie ein legitimatorischer Schutzschild gegenüber den naheliegenden Vorschlägen für und Forderungen nach einer angemessenen Besteuerung der Hocheinkommen, des Wertpapierhandels, der Vermögen und der Unternehmen etc. zur Finanzierung der Krisenbewältigung geschaffen, wie sie von Wissenschaftlern, Gewerkschaften sowie Sozial- und Wohlfahrtsverbänden kommen.⁸

Die Schuldenbremse soll gegenwärtig vor allem den Eindruck erwecken, die immensen fiskalischen Kosten der Krisenbewältigung, die angeblich vor allem die kommenden Generationen als Ganze, und nicht wie es tatsächlich ist die Einkommensschwächeren schon jetzt und zukünftig belasten, würden „irgendwie“ weggespart. Die deutliche Kritik aus der Wissenschaft an der beschlossenen Schuldenbremse hebt demgegenüber hervor, dass es gerade die mit der Schuldenbremse verbundene Daseinsvorsorgedeckelung und Zukunftsinvestitionsbremse sei, die eine Bewältigung der Krisenkosten durch neues Wachstum erschweren oder gar verhindern kann und damit die Chancen der nachwachsenden Generationen verschlechtern wird.^{9 / 10}

⁵ Vgl. Hulverscheidt, Claus: Schwerste Haushaltkrise seit 60 Jahren. In: Süddeutsche Zeitung, 25.06.2009 und ders. Deutschland lebt zunehmend auf Pump. In: Süddeutsche Zeitung, 9.07.2009

⁶ Vgl. Bohsem, Guido: Die dritte Phase der Krise. In: Süddeutsche Zeitung, 15.04.2009; Creutzburg et al.: Neues 50 Milliarden-Loch. In: Handelsblatt, 27.04.2009

⁷ Vgl. Goeschel, Albrecht: Schuldenbremse als Finanzputsch? Arbeitspapier. (Hrsg.): Studiengruppe für Sozialforschung e.V., Marquartstein, Februar 2009

⁸ Vgl. Hoffmann, Catherina; Hulverscheidt, Claus: Wer spekuliert, soll zahlen. In: Süddeutsche Zeitung, 5.05.2009 und Sozialverband VdK Deutschland (Hrsg.): Gute Besserung – Unsere Forderungen zur Bundestagswahl, Berlin 2009

⁹ Vgl. Horn et al.: Die Schuldenbremse – eine Wachstumsbremse? In: Report 29. (Hrsg.): Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung, Düsseldorf, Juni 2008, ders.: Stellungnahme zum Entwurf eines Begleitgesetzes zur zweiten Föderalismusreform und zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes. In: IMK-Policy Brief, Mai 2009

¹⁰ Vgl. auch den Professoren-Aufruf gegen eine Schuldenbremse. Bofinger, Peter; Horn, Gustav: Die Schuldenbremse gefährdet die gesamtwirtschaftliche Stabilität und die Zukunft unserer Kinder. Düsseldorf 25.05.2009

Begünstigt wird die politisch angestrebte Schonung der Hocheinkommen, des Wertpapierhandels, der Vermögen und der Unternehmen bei der Finanzierung der Krisenkosten durch die wahlkampf- und parteipolitische Debatte über Steuerersenkungen vorgeblich zur Entlastung überbesteuerteter Arbeitnehmer,¹¹ aber auch über Steuererhöhungen bevorzugt bei Einkommensreichen.¹²

Unter der wahlkampf- und parteipolitischen Oberflächenbewegung sind zwei Grundströme auszumachen, die jene mit der Schuldenbremse eingeschlagene Richtung einer Überwälzung der Krisenkosten in die Daseinsvorsorge fortsetzen: Die Arbeitgeberseite hält konsequent ihre Forderungen nach weiteren Steuerentlastungen und Beitragsabsenkungen bzw. –pauschalisierungen aufrecht¹³ und der Unionsflügel der gegenwärtigen Großen Koalition sowie nahestehende Wissenschaftler haben eine drastische Erhöhung der Mehrwertsteuer zur Finanzierung der Krisenkosten ins Gespräch gebracht.¹⁴ In der Öffentlichkeit ist, trotz oder gerade wegen aller Dementis in dieser Sache klar, dass es zu einer Steuer- und evtl. auch Beitragsabgabenerhöhung zur Krisenfinanzierung kommen wird.¹⁵

Im Zusammenhang mit der zumindest wahrscheinlichen erneuten Anhebung der Mehrwertsteuer weisen kritische Ökonomen darauf hin, dass diese Art der Abgabenerhöhung die wirtschaftspolitisch stets, etwa durch „wettbewerbsorientierte“ Lohnzurückhaltung und Sozialeinkommensdeckelung begünstigte, Exportwirtschaft noch weiter begünstigen würde. Nachdem die für den Export erzeugten Güter und Dienste nicht mit Mehrwertsteuer belastet sind und nur die Wirtschaftszweige, Branchen und Unternehmen, die für den Inlandsmarkt produzieren diese Mehrwertsteuer aufzubringen und in ihren Preisen unterzubringen haben, wird bei einer erneuten Mehrwertsteuererhöhung die Steuerbelastung für die Inlandsbranchen noch höher und damit auch deren Anteil an der Finanzierung der öffentlichen Aufgaben und Vorleistungen weiter steigen.¹⁶

In der nachfolgenden Darstellung wird demgegenüber untersucht, welchen Umfang der Mehrwertsteuerverzicht infolge der extremen Steigerung der Exportüberschüsse bereits in den zurückliegenden Jahren hatte.

¹¹ Vgl. Bohsem, Guido: Die Kopfgeburt. In: Süddeutsche Zeitung, 17.04.2009; Pohl, Ines: Wem wird gegeben, wem genommen. In: Handelsblatt, 17.04.2009; Beise, Marc: Das Gegenteil von Wahnsinn. In: Süddeutsche Zeitung, 16./17.05.2009 und Brandstetter, Barbara; Kaiser Tobias: Steuerzahler im Schwitzkasten. In: Welt am Sonntag, 28.06.2009

¹² Vgl. Bohsem, Guido: Streit über die Reichensteuer. In: Süddeutsche Zeitung, 14.04.2009

¹³ Vgl. Bohsem, Guido: Streit über die Reichensteuer. In: Süddeutsche Zeitung, 14.04.2009

¹⁴ Vgl. Dorries, Bernd; Hulverscheidt, Claus: Ruf nach höherer Mehrwertsteuer. In: Süddeutsche Zeitung, 26.06.2009 und Fried, Nico: Merkel distanziert sich von Oettinger. In: Süddeutsche Zeitung, 27./28.06.2009 Der Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Klaus Zimmermann hat zuvor schon eine Erhöhung der Mehrwertsteuer auf 25 Prozent gefordert. – Vgl. 29.05.2009

¹⁵ Vgl. Schäfer, Ulrich: Die Steuerlüge. In: Süddeutsche Zeitung, 30.06.2009 und Butterwegge, Christoph: Die Agenda 2020 wird kommen. In: Süddeutsche Zeitung, 3.07.2009

¹⁶ Vgl. Müller, Albrecht: Mehrwertsteuererhöhung = Subvention des Exports zulasten des binnenmarktorientierten Gewerbes. In: Müller, Albrecht: Nachdenkseiten

Ziel ist es, die Debatte über die Finanzierung der Krisenkosten grundsätzlicher als bislang zu führen: Bekannt ist und erörtert wird der mittlerweile seit Jahrzehnten betriebene Abbau der direkten Steuerbelastungen von Hocheinkommen, Wertpapierhandel, Vermögen und Unternehmen. Bekannt ist und erörtert wird außerdem die „Gegenfinanzierung“ dieser Steuerentlastungen durch die Verlagerung von Staatsaufgaben in die Sozialversicherungen, d.h. von Steuerausgaben in die Beitragshaushalte im Wege sogenannter „Versicherungsfremder Leistungen“.

Bisher **nicht** erkannt und **nicht** erörtert ist die Förderung der exzessiven Exportüberschüsse die entsprechenden Unternehmen und Branchen durch die Nichtbesteuerung der Exportumsätze, d.h. undiskutiert sind die fiskalischen Kosten des Exportexzesses. Eine gleichmäßig auch an der Inlandsnachfrage ausgerichtete Wirtschaftspolitik hätte, zusätzlich gestärkt durch weniger Lohnverzicht und höhere Renteneinkommen und die damit gestärkte Inlandsnachfrage, auch höhere Mehrwertsteuereinnahmen und eine geringere Staatsverschuldung bewirkt.

2. Exportsteigerung als deutsches Wirtschaftskonzept

„Internationale Wettbewerbsfähigkeit“ als Leitlinie für die Formierung der gesamten Gesellschaft und insbesondere die für Ausrichtung der Reformen der zurückliegenden Jahrzehnte war die politische Umschreibung eines für die und von den exportprägenden Branchen und Großunternehmen des Maschinenbaus, des Fahrzeugbaus sowie der Chemie und Pharmazie¹⁷ gestalteten Wirtschaftspolitik der Förderung und Steigerung der Exporte.¹⁸

Schon seit einigen Jahren haben Ökonomen und andere Experten vor den Risiken und Kosten dieser einseitigen Exportforcierung im deutschen Wirtschaftskonzept gewarnt.

So bedeuten lang anhaltende Leistungsbilanzüberschüsse bei Gütern und Diensten gesamtwirtschaftlich eine Dauerkreditvergaben ins Ausland, d.h. einen Export von Kapital. Dieses Kapital fehlt dann für Investitionen im Inland.¹⁹ Umgekehrt beeinträchtigt die damit verbundene wachsende Verschuldung vor allem der übrigen EU-Länder gegenüber Deutschland, dass sich deren Wachstums-

¹⁷ Vgl. Loschky, Alexander; Ritter, Liane: Konjunkturmotor Export. In: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Wirtschaft und Statistik, 5-2007, S. 478-488 und Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Konjunkturmotor Export – Materialienband, Wiesbaden, 30.05.2006

¹⁸ Noch Mitte 2008 phantasierte der Spiegel: „Der Export verschafft der deutsche Wirtschaft besonderes Profil – und eine bemerkenswerte Kraft: Selbst die Finanzmarktkrise und der Energiepreisschock können ihr wenig anhaben“ – Vgl. Made in Germany, Spiegel-Spezial 5/2008, S. 6

¹⁹ Vgl. Flassbeck, Heiner; Spiecker, Friederike: Das Ende der Massenarbeitslosigkeit, Frankfurt am Main 2007, S. 247 ff., S. 254, S. 263

möglichkeiten verschlechtern und damit der Export in diese Länder durch seinen eigenen Erfolg unterminiert wird.²⁰

Vor allem aber bewirkt die Exportsteigerung mittels Entgelt- und Entgeltersatzunterdrückung eine zunehmende Stagnation der Binnennachfrage und damit der Voraussetzungen für Investitionen und Produktivitätssteigerungen.²¹

Zuletzt üben die mit der exzessiven Exportsteigerung und der dieser dienenden Entgelt- und Entgeltersatzunterdrückung, d.h. Inlandsnachfrageschwächung verbundenen Lohn- und Verbrauchssteuerverluste wachsenden Druck auf den gesamten Daseinsvorsorgebereich aus, der durch Leistungsabbau einerseits und Privatisierung andererseits gekennzeichnet ist. Dabei werden dann die privatisierten Bereiche der Daseinsvorsorge zu Besteuerungsobjekten bzw. Steuereinkommensquellen.²²

Übersicht: Export-Exzess im Wirtschaftsmodell Deutschland 1960-2007

Durch die Finanz- und vor allem die nachfolgende Realkrise hat nun aber auch die Medienöffentlichkeit die Hochrisiken und Negativwirkungen des regelrechten Exportexzesses im deutschen Wirtschaftskonzept entdeckt – wenn auch weitgehend nur auf der Ebene von „Schattenseiten“ der ausgeprägten Orientierung auf einen in die Krise geratenen Weltmarkt.²³

Gleichwohl ist es zutreffend, dass das Herunterdrücken der Primär- und Transfereinkommen mit der Dauerdrohung einer noch stärkeren Flucht der Produktion in den Welthandel zwar die Arbeitskosten niedrig gehalten hat, jetzt aber auch keine Inlandsnachfrage als Krisenpuffer zur Verfügung steht.²⁴

²⁰ Vgl. Flassbeck, Heiner; Spiecker, Friederike: A.a.O., S. 131 und S. 189 ff.

²¹ Vgl. Bofinger: Wir sind besser als wir glauben. München 2005, S. 163 ff., Flassbeck, Heiner; Spiecker, Friederike: A.a.O., S. 83 ff., S. 140 und s. 249 ff. sowie Posen, Adam S.: Exportweltmeister – na und? In: Schettkat, Ronald; Langkau, Jochem (Hrsg.): Aufschwung für Deutschland, Bonn 2007, S. 165-193

²² Vgl. Goeschel, Albrecht: Exportwettlauf in die Armutsfalle. In: Sozialverband VdK-NRW (Hrsg.): Große Koalition – Enkelkinder und Großeltern gegen Bildungskrise und Altersarmut. Düsseldorf 2008, S. 63-81 und ders.: Privatisierung und Besteuerung des Gesundheitswesens: Qualitätsminderung der älterenbezogenen Versorgung am Beispiel der Krankenhauswirtschaft. In: Sozialverband VdK-Bayern (Hrsg.): Die demographische Täuschung, München 2007, S. 113-134

²³ Vgl. Hagellücken, Alexander: Die Schwäche des Exportweltmeisters. In: Süddeutsche Zeitung, 9.01.2009; Schäfer, Ulrich: Die Globalisierung schlägt zurück. In: Süddeutsche Zeitung, 14./15.02.2009; Piper, Nikolaus: Schicksal Export. In: Süddeutsche Zeitung, 30.04./1.05.2009; Büschemann, Karl-Heinz: Fataler Absturz. In: Süddeutsche Zeitung, 10./11.06.2009 und Hagellücken, Alexander: Noch ein Schock. In: Süddeutsche Zeitung, 12.06.2009

²⁴ Vgl. Arbeitskosten – Exportorientierung wird zur Hypothek. In: Böckler-Impuls, Düsseldorf 19/2008

Übersicht

**Export-Exzess
im
Wirtschaftsmodell Deutschland
1960-2007**

Jahr	Exportüberschuss¹⁾ Mrd. EUR
2007	+ 169.840
2006	+ 126.380
2005	+ 113.330
2004	+ 111.030
2003	+ 85.930
2002	+ 97.720
2001	+ 42.510
2000	+ 7.250
1990	+ 72.530
1980	- 5.070
1970	+ 7.710
1960	+ 3.960

¹⁾ Export abzüglich Import

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (Hrsg.): Statistisches Taschenbuch: Arbeits- und Sozialstatistik 2001, Bonn 2001 und Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hrsg.): Statistisches Taschenbuch: Arbeits- und Sozialstatistik 2008, Bonn 2008

3. Mehrwertsteuer-Lücke: Ein Beispiel für die fiskalischen Kosten des Export-Exzess

Bislang wurde der Zusammenhang von Export-Exzess und Mehrwertsteuer-Rückgang vorrangig unter dem Gesichtspunkt diskutiert, dass die durch „Lohnzurückhaltung“ und Rentenstagnation seit etwa einem Jahrzehnt zurückbleibende Inlandsnachfrage sich auch in einem verringerten Mehrwertsteueraufkommen niederschlagen.²⁵ Nachfolgend soll nun die Mehrwertsteuer-Lücke näher beschrieben werden, die sich aus dem steilen Ansteigen der Exportüberschüsse vor allem ab dem Jahr 2000 ergeben hat. Sie kann als prominentes Beispiel für die direkten fiskalischen Kosten aufgeführt werden, die durch die wirtschaftskonzeptionelle Dominanz der Exportbranchen und den wirtschaftspolitisch gewollten und geförderten Export-Exzess verursacht worden sind.

3.1. Umsatzsteuerliche Behandlung von Exportlieferungen und Exportleistungen*

Lieferungen und sonstige Leistungen, die ein Unternehmer bzw. Unternehmen im Inland gegen Entgelt im Rahmen des Unternehmens ausführt unterliegen der Umsatzsteuer (§ 1 Abs. 1 Umsatzsteuergesetz – UStG).

Allerdings sind Ausfuhrlieferungen (§ 6 UStG) oder Innergemeinschaftslieferungen (§ 6a UStG) unter bestimmten Voraussetzungen von der Umsatzsteuer befreit (§ 4 Nr. 1a UStG).²⁶ Der inländische Unternehmer bzw. das inländische Unternehmen muss die Ausfuhrlieferung oder Ausfuhrleistung gegenüber seinem zuständigen Finanzamt buchmäßig erklären. Die zunächst auch für die Ausfuhrlieferung anfallende Umsatzsteuervorauszahlung kann jedoch gutschreiben bzw. zurückerstattet werden. Voraussetzung ist der Nachweis der Beförderung oder Versendung der Lieferung innerhalb der Gemeinschaft oder in das Drittland.

Die Rückerstattung der Umsatzsteuer gilt neben Unternehmern bzw. Unternehmen mit Sitz innerhalb der Gemeinschaft auch für Unternehmer bzw. Unternehmen mit Sitz in Ländern außerhalb der Gemeinschaft aber sogenanntem Gegenseitigkeitsstatus (§ 18 Abs. 9 Satz 6 UStG)²⁷

²⁵ Vgl. Goeschel, Albrecht: Export-Terror gegen den Sozialstaat. A.a.O., S. 70

* Die nachfolgenden Angaben wurden beim Bundeszentralamt für Steuern, Info-Center für Steuern Bonn eingeholt. Auskunft vom 9.07.2009

²⁶ Diese Voraussetzung ist erfüllt, wenn der Unternehmer bzw. das Unternehmen den Gegenstand der Lieferung in das Drittlandsgebiet befördert oder versandt hat oder der Abnehmer den Gegenstand der Lieferung in das Drittlandsgebiet befördert oder versandt hat und ein ausländischer Abnehmer ist.

²⁷ Zu diesen Ländern außerhalb der Gemeinschaft aber mit Gegenseitigkeitsstatus zählen u.a. USA, Kanada, Japan, Norwegen und die Schweiz.

Liefert ein inländischer Unternehmer bzw. Unternehmen an einen in der Gemeinschaft, d.h. im EU-Ausland ansässigen Abnehmer, kann die Lieferung oder Leistung auch von Anfang an umsatzsteuerfrei verkauft werden. (§ 4 Nr. 1b UStG i.V.m § 6a UStG).²⁸

Insgesamt bewirken diese und noch einige weitere Bestimmungen des Umsatzsteuergesetzes (UStG), dass der weit überwiegende Teil der Exportgüter und Exportleistungen umsatzsteuerfrei bleibt.

3.2. Umsatz-Expansion und Umsatzsteuer-Stagnation

Die amtliche Umsatzsteuerstatistik bildet die Umsätze der steuerpflichtigen Unternehmen²⁹ für deren sämtliche Lieferungen und Leistungen – unabhängig davon, ob diese besteuert oder nicht besteuert werden - ab. Sie zeigt ab 2000 einen zunächst allenfalls leichten Anstieg bis 2007 dann aber einen steilen Verlauf.

Übersicht: Umsatz-Expansion im Wirtschaftsmodell Deutschland 2000-2007

Vergleicht man damit die Umsatzsteuerentwicklung, so zeigt diese zunächst sogar eine rückläufige, 2005 und 2006 eine erhöhte Entwicklung, um 2007 wieder den fast gleichen Wert wie im Jahr 2000 erreicht zu haben.

Dabei ist anzumerken, dass der deutliche Anstieg im Jahre 2006 eine wesentliche Ursache in der für das Jahr 2007 beschlossenen Mehrwertsteuererhöhung um 3 Prozent hatte – es wurden Käufe auf das Jahr 2006 vorgezogen.

Übersicht: Umsatzsteuer-Stagnation im Wirtschaftsmodell Deutschland 2000-2007

Das in der Übersicht gezeigte Umsatzsteueraufkommen des Jahres 2007 in Höhe von 107,3 Mrd. EUR und damit um nur 0,2 Mrd. EUR höher als im Jahr 2000 ist das um die Mehrwertsteuererhöhung von 3 Prozent bereinigte Umsatzsteueraufkommen. Es wurde auf weiterhin 16 Prozent und nicht 19 Prozent zurückgerechnet, um zu sehen, wie das Umsatzsteueraufkommen ohne Steuererhöhung ausgesehen hätte.

²⁸ Voraussetzungen sind: 1. Der Unternehmer oder Abnehmer hat den Gegenstand der Lieferung in das übrige Gemeinschaftsgebiet befördert oder versendet. 2. Der Abnehmer ist ein Unternehmer oder eine juristische Person. 3. Der Erwerb des Gegenstandes der Lieferung unterliegt beim Abnehmer den Vorschriften der Umsatzsteuerbefreiung

²⁹ Unternehmen bzw. Unternehmer, deren Umsatz über 17.500 EUR jährlich und deren Umsatzsteuer über 520 EUR jährlich beträgt. Erfasst werden fast alle Wirtschaftszweige. Dargestellt werden die Umsätze für Lieferungen und Leistungen unabhängig davon, ob sie umsatzsteuerpflichtig oder umsatzsteuerfrei sind. Meldegrundlagen sind die monatlichen und vierteljährlichen Umsatzsteuer-Vorausmeldungen – Vgl. Statistisches Bundesamt – Umsatzsteuerstatistik-Zeitreihendaten zu den Berichtsjahren 1994-2007: Steuerpflichtige Unternehmen und deren Lieferungen und Leistungen. Wiesbaden 2009

Übersicht

**Umsatz-Expansion
im
Wirtschaftsmodell Deutschland
2000 -2007**

Jahr	Umsatz* Mrd. EUR
2007	5.148
2006	4.930
2005	4.567
2004	4.347
2003	4.248
2002	4.252
2001	4.272
2000	4.152

* Lieferungen und Leistungen in EUR. Ohne Umsatzsteuer.
Alle Wirtschaftswege insgesamt

Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Umsatzsteuer-Statistik – Zeitreihen zu den Berichtsjahren 1994 – 2007: Steuerpflichtige Unternehmen und deren Lieferungen und Leistungen, Wiesbaden 2009

Übersicht

**Umsatzsteuer-Stagnation
im
Wirtschaftsmodell Deutschland
2000 -2007**

Jahr	Umsatzsteuer* Mrd. EUR
2007	107,3 ¹
2006	111,3
2005	108,4
2004	104,7
2003	103,1
2002	105,4
2001	104,4
2000	107,1

* Vereinnahmte Steuerzahlungen ohne Einfuhrumsatzsteuer

¹ Das Umsatzsteueraufkommen für das Jahr 2007 wurde zur Vergleichbarkeit auf den vormaligen Mehrwertssatz von 16 Prozent zurückgerechnet.

Das tatsächliche Umsatzsteueraufkommen im Jahre 2007 hat beim neuen Mehrwertsteuersatz von 19 Prozent 127,5 Mrd. betragen.

Quelle: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Sonderauswertung kassenmäßige Steuereinnahmen für die Steuerart Umsatzsteuer / Einfuhrumsatzsteuer, 16.07.2009

Es bleibt festzuhalten, dass zwar der Umsatz der Unternehmen im Jahre 2007 um ca. 24 Prozent höher als im Jahre 2000 gelegen hat, das „wahre“ Umsatzsteueraufkommen im Jahre 2007 aber nur um ca. 0,2 Prozent höher als im Jahr 2000 ausgefallen ist. Dies wurde lediglich durch die Steuererhöhung kaschiert.

Es kann also von einem Zurückbleiben des „wahren“ Umsatzsteueraufkommens von etwa 24 Prozent oder rund 25,7 Mrd. EUR allein im Jahre 2007 gegenüber dem Jahr 2000 ausgegangen werden.

4. Export-Exzess als Ursache der Mehrwertsteuer-Lücke

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) streift in seinem Gutachten zur Finanzkrise die Entwicklung der Umsatzsteuer nur ganz beiläufig. Er führt die „nur geringfügige“ Zunahme der indirekten Steuern also auch der Umsatzsteuer auf die „verhaltene Nachfrage“³⁰ nicht aber, wie es angemessen gewesen wäre, vor allem auch auf den explodierten Export zurück.³¹

Die nur durch die Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes von 16 Prozent auf 19 Prozent kaschierte Mehrwertsteuer-Lücke zwischen dem Jahr 2000 und dem Jahr 2007 soll nun für den Gesamtzeitraum 2000 bis 2007 dargestellt werden. Dabei wird davon ausgegangen, dass die Leistungen und Lieferungen ins Ausland bis auf einen marginalen Rest umsatzsteuerfrei sind.

Damit stellt der wertmäßige nominale Überschuss der Exporte über die Importe, d.h. der sogenannten Außenbeitrag die Berechnungsgrundlage für die Abschätzung der durch die exzessive Exportförderung bedingten **Mehrwertsteuer-Lücke** dar.

Übersicht: Mehrwertsteuer-Lücke im Wirtschaftsmodell Deutschland 2000-2007

Die zunächst als Kaschierung der fiskalischen Verluste der arbeitsmarkt-, lohn-, gesundheits- und sozialpolitischen Förderung des Export-Exzesses wirkende Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes ab dem Jahre 2007, das muss hier gesagt werden, vergrößert natürlich auch den rechnerischen Umsatzsteuerverlust, der mit Beförderung oder Versendung von Gütern und Leistungen ins Ausland verbunden ist.

³⁰ Vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Hrsg.): Die Finanzkrise meistern-Wachstumskräfte stärken – Jahresgutachten 2008/09, Wiesbaden November 2008, S. 198 ff.

³¹ Auch die „verhaltene Nachfrage“ als Reflex der „Lohnzurückhaltung“ ist im übrigen, wie dargestellt ein Teil der Negativeffekte der einseitigen Exportförderung

Übersicht

Mehrwertsteuer-Lücke im Wirtschaftsmodell Deutschland 2000 -2007

Jahr	Exportüberschuss ¹⁾ Mrd. EUR	Umsatzsteuer-Verlust Mrd. EUR
2007	+ 169.840	- 32.269 ²⁾
2006	+ 126.380	- 20.220
2005	+ 113.330	- 18.132
2004	+ 111.030	- 17.764
2003	+ 85.930	- 13.748
2002	+ 97.720	- 15.635
2001	+ 42.510	- 6.801
2000	+ 7.250	- 1.160
2000 - 2007	+ 753.990	- 125.729

¹⁾ Export abzüglich Import

²⁾ Ab 2007 gilt ein Mehrwertsteuersatz von 19 Prozent gegenüber 16 Prozent in den Vorjahren

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (Hrsg.): Statistisches Taschenbuch: Arbeits- und Sozialstatistik 2001, Bonn 2001 und Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hrsg.): Statistisches Taschenbuch: Arbeits- und Sozialstatistik 2008, Bonn 2008

Grafik: Mehrwertsteuer-Lücke im Wirtschaftsmodell Deutschland 2000 - 2007

Hier muss ergänzend noch angefügt werden, dass zusätzlich ein nicht geringer Anteil des nach dem steigenden Exportüberschuss verbleibenden nur durch Steuererhöhung angehobenen Mehrwertsteueraufkommens an die Europäische Union weiterbezahlt wird. Diese hat einen festen Anteil am Umsatzsteueraufkommen.³²

Nachdem mit über 60 Prozent der überwiegende Teil der deutschen Auslandslieferungen in die EU-Länder geht,³³ stellt die EU-Finanzierung aus Mehrwertsteuermitteln eine Heranziehung des verbleibenden Mehrwertsteuermittel auch noch für die Exportförderung auf diesem Wege dar.

5. Fazit: Veruntreuung vorwerfen – nicht Ungerechtigkeiten beklagen

Nach der Bundestagswahl wird wegen der Abwälzung der Kosten der Krisenbewältigung eine bisher in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland nicht gekannte Auseinandersetzung darüber beginnen, welche Bereiche der Gesellschaft und Wirtschaft die Hauptlast der Kosten der Krise zu tragen haben. Dabei gibt die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung diese Bereiche vor. Sie berechnet die Verwendung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) für folgende Hauptkriterien:

- **Konsumausgaben der privaten Haushalte und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck**
- **Konsumausgaben des Staates**
- **Investitionen**
- **Außenbeitrag (= Exportüberschuss).**

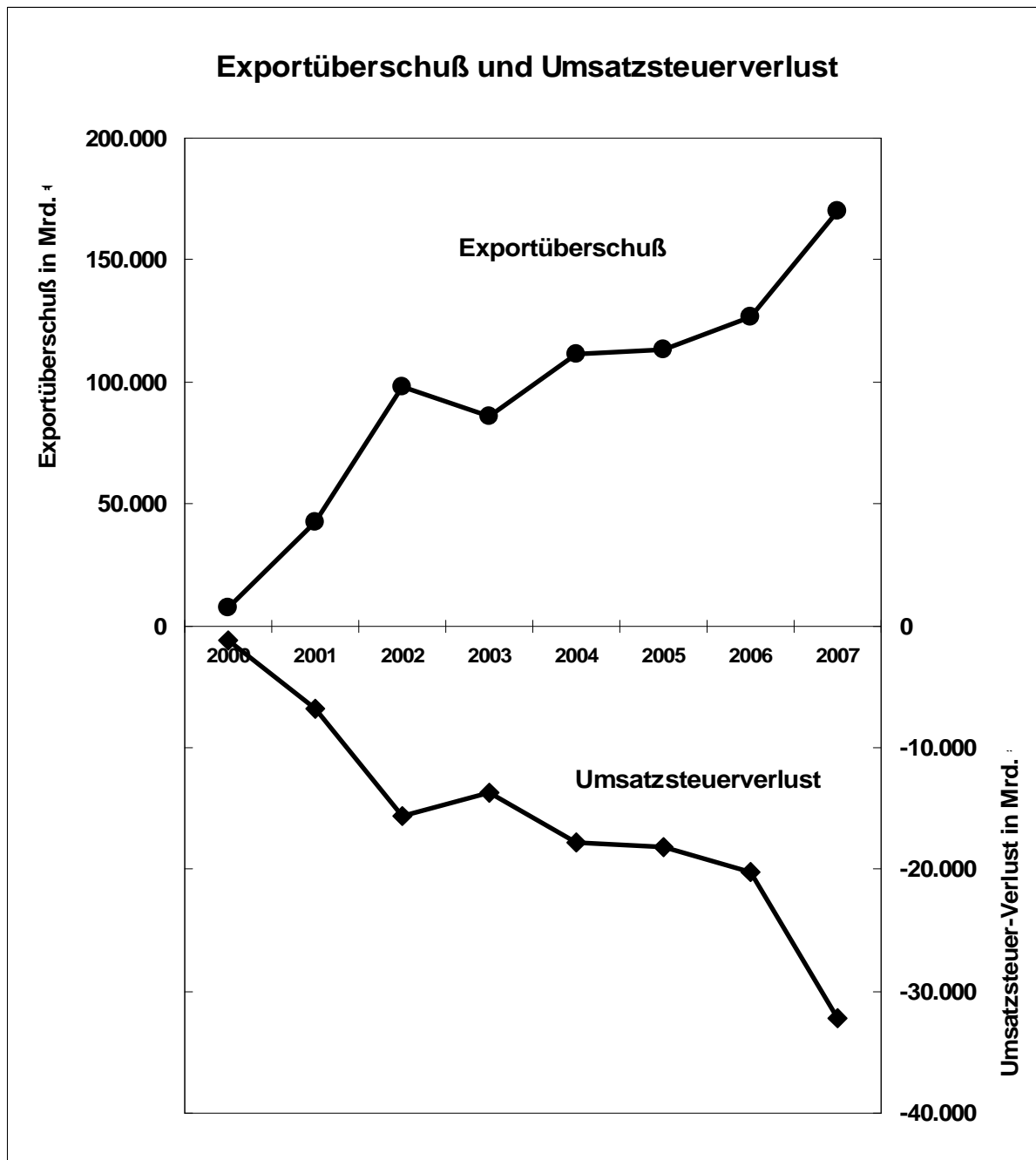
Bei einer Bestandsaufnahme für die Krisenkostenfinanzierung ist zunächst festzustellen, dass ein wesentlicher Teil des Bruttoinlandsprodukts durch die exzessive Exportüberschusssteigerung in den zurückliegenden Jahren ins Ausland „befördert oder versendet“ (UStG) worden ist und damit für Investitionen im Inland, d.h. für neues Wachstum nicht mehr zur Verfügung steht.

³² Vgl. Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Datenreport 2008, Bonn 2008, S. 103

³³ Vgl. Loschky, Alexander; Ritter, Liane: Konjunkturmotor Export. A.a.O., S. 479

Grafik

Mehrwertsteuer-Lücke im Wirtschaftsmodell Deutschland 2000 – 2007



Die politische Diskussion über die Verteilung der Krisenkosten muss daher als „**Verwendungsdiskussion**“ geführt werden. Eine „**Ungerechtigkeitsdiskussion**“ wäre eine Abseits- und Nebendiskussion, die vom eigentlichen Problem, dem grob fahrlässig bis mutwillig und vorsätzlich betriebenen Exportexzess ablenkt.

Aus den makroökonomischen Voraussagen ist abzulesen, dass sowohl allgemein wie mit den bisherigen Produkten der extreme „**Ausverkauf**“ der Produktionsleistung der inländischen Volkswirtschaft ins EU-Ausland und ins übrige Ausland weder wieder auf das erreichte Höchstmaß zu steigern noch überhaupt zu halten sein wird. Die weltweite Realkrise hat hier die Aufgabe einer Korrektur übernommen, die von der Mehrheit der politischen Klasse in Deutschland niemals geleistet worden wäre.

Nachdem allein schon EU-rechtlich eine umsatzsteuerliche Belastung der immer noch im Ländervergleich extrem hohen Ausfuhren nicht möglich ist, bleibt für die Generierung neuen Wachstums im Inland nur eine Korrektur der anderen Seite der Exportförderung, d.h. nicht der **wirtschaftspolitischen Veruntreuung** von großen Teilen des Mehrwertsteueraufkommens, sondern der **einkommenspolitischen Veruntreuung** der Arbeitnehmer- und Rentenansprüche: Es muss mit den Mitteln der Arbeitsmarkt-, Einkommens- und Sozialpolitik eine angemessene Entlohnung der Arbeitnehmer und Nach-Entlohnung der Rentner insbesondere in den Exportbereichen sichergestellt werden.

An zentraler Stelle müssen die bisher häufig und fehlerhaft dem Staatskonsum zugeordneten **öffentlichen Dienstleistungen** insbesondere in den Bereichen der Sozialwirtschaft, der Gesundheitswirtschaft und des Bildungswesens, aber auch der Energie- und Verkehrswirtschaft ausgebaut werden, die ihrerseits, wenn sie als Sachleistungen genutzt werden, Sozialeinkommen der Bevölkerung darstellen. Dabei muss darauf geachtet werden, dass die Private Leistungserstellung unter dem Gewinnerziehungsprinzip wegen der damit verbundenen Möglichkeit die exportbedingten Mehrwertsteuerausfälle durch Privatisierung des inländischen Sozialkonsums zu kompensieren nicht verdeckt allein aus fiskalisch-politischem Interesse forciert wird.

Erforderlich ist eine breite öffentliche Diskussion um wirtschaftlich wirksame und gesellschaftlich erwünschte **öffentliche Investitionsprogramme** weit über das bisherige Spektrum und Volumen hinaus. Keinesfalls darf es gleichzeitig zu einer weiteren Einschränkung der Konsumausgaben des Privaten Haushalte, der Nichterwerbsorganisationen und des Staates kommen, da sonst den Investitionen die nötige Grundlage fehlt. Ein breites zukunftsorientiertes Investitionsprogramm bei verbesserter **inländischer Massenkaufkraft**, auch in Form von Davensvorsorgeleistungen schafft dann auch für die auf den Inlandsmarkt ausgerichteten Branchen und Unternehmen verbesserte Wachstumsvoraussetzungen.

Die Refinanzierung eines derartigen Investitionsprogramms muss durch ein umfassendes und stimmiges **Besteuerungskonzept** für Hocheinkommen, Wertpapierhandel, Vermögen und Unternehmen sichergestellt werden.

Mit Aufmerksamkeit müssen alle Bestrebungen in Richtung von **Grundsicherungslösungen** beobachtet werden. Insbesondere mehrwertsteuerfinanzierte Modelle³⁴ würden zu einer weiten Privilegierung und Subventionierung der mehrwertsteuerfreien Exportunternehmen mit ihren auf weite Strecken schon nicht mehr markttauglichen Produkten (Premium-Pkw etc.) führen.

Die vom Sozialverband VdK Deutschland ohne gesamtwirtschaftliches und gesundheitswirtschaftliches Rahmenkonzept geführte **Arzneimittel-Mehrwertsteuerdebatte** sollte in eine solide Wirtschafts-Gesamt-Konzeptentwicklung der Wohlfahrts- und Sozialverbände eingebracht werden.

³⁴ Vgl. Werner Götz W.: Was bringt ein bedingungsloses Grundeinkommen. In: Sozialverband VdK-Bayern (Hrsg.): Die demographische Täuschung, München 2006, S. 112-117